

NIEDERSCHRIFT Rat/0041/2020

über die Sitzung des Rates der Stadt Billerbeck am 25.06.2020 in der Aula der Geschwister-Eichenwald-Gemeinschaftsschule.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Matthias Ahlers
Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Bernd Kösters
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Peter Rose
Herr Thomas Schulze Tem-
ming
Herr Franz-Josef Schulze
Thier
Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Werner Wiesmann
Frau Sarah Bosse
Herr Dieter Brall
Herr Winfried Heymanns
Frau Margarete Köhler
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Tauber
Herr Thomas Walbaum
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Hans-Günther Wilkens
Herr Frank Wieland
Herr Hubert Töllers

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein
Frau Marion Lammers
Herr Hubertus Messing
Herr Martin Struffert

Schriftführerin:

Frau Karen Ebrecht
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gibt nichts zu berichten.

2. Lagebericht des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck - Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2019

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

1. Die in der Anlage II zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Bilanz zum 31.12.2019 wird genehmigt und festgestellt.
2. Die in der Anlage III zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Gewinn- und Verlustrechnung 2019 mit Anhang (Anlage IV) wird genehmigt und festgestellt.
3. Der Lagebericht zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2019 (Anlage I) wird genehmigt und festgestellt.
4. Die Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2019 entlastet.
5. Der festgestellte Jahresüberschuss in der Höhe von 82.108,28 € wird in den Gewinnvortrag eingestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung für das Wirtschaftsjahr 2019 für die öffentliche Einrichtung Abwasserbeseitigung in der Stadt Billerbeck

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

Die in der Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung 2019 ausgewiesene Überdeckung in der Höhe von insgesamt 54.618,01 € wird in die Kalkulation für die Wirtschaftsjahre 2021/2022 eingestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2019 der Stadt Billerbeck aufgrund des § 96 GO NRW

Da Frau Dirks zu Punkt 6 des Beschlussvorschlages des Rechnungsprüfungsausschusses (Entlastungserteilung) befangen ist, lässt sie zusammen über die Punkte 1. – 5. und Punkt 7 abstimmen.

Beschluss:

1. Die von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte und der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Bilanz zum 31. Dezember 2019 wird mit einer Bilanzsumme von 99.637.228,83 € festgestellt.
2. Die von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte und der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 5.032.482,86 € wird festgestellt.
3. Die von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte und der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2019 mit einem Endbestand in Höhe von 11.534.550,91 € wird festgestellt.
4. Der von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte und der Sitzungsvorlage beigefügte Anhang zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 wird festgestellt.
5. Der von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte und der Sitzungsvorlage beigefügte Lagebericht zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 wird festgestellt.
7. Der Rat beschließt gem. § 96 Abs. 1 S. 2 GO NRW über die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages. Der festgestellte Jahresüberschuss für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 5.032.482,86 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Stimmabgabe: einstimmig

Frau Dirks übergibt den Sitzungsvorsitz an ihren Stellvertreter Herrn Kösters. Herr Kösters lässt über den Punkt 6 des Beschlussvorschlages des Rechnungsprüfungsausschusses abstimmen.

Beschluss:

6. Auf der Grundlage des von der Concunia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erteilten und der Sitzungsvorlage beigefügten uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes (Testat) wird der Bür-

germeisterin Entlastung erteilt (§ 96 Abs. 1 S. 5 GO NRW).

Stimmabgabe: einstimmig

5. Beteiligungen der Stadt Billerbeck an Unternehmen und Einrichtungen des Privatrechtes für das Jahr 2019

Der Rat folgt dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

Die Stadt Billerbeck ist gem. § 116 a GO NRW von der Pflicht zur Erstellung eines Gesamtabschlusses und eines Gesamtlageberichtes für das Jahr 2019 befreit.

Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW

hier: Errichtung eines Bürgerradweges an der L581

Herr Christoph Ueding erläutert den von den Anliegern der L581 aus Osthellen und Lutum gestellten Antrag. Der Radweg solle in Billerbeck beginnen und möglichst bis zum Bahnhof in Lutum gebaut werden, die Anwohner würden den Bürgerradweg mindestens bis zur Bauerschaftsmitte Osthellen, optionalerweise bis zur Osthellener Schule / Abzweig Straße nach Lutum anlegen.

Da die Straße sehr kurvenreich und unübersichtlich sei, käme es immer wieder zu Unfällen von Fahrradfahrern und Motorradfahrern. Auch würde die Geschwindigkeit von 50km/h dort oft nicht eingehalten werden, trotz Geschwindigkeitskontrollen. Nachdem vor 25 und 10 Jahren schon ein Antrag für einen Radweg gestellt wurde, sei es heute der dritte Versuch.

Herr Wiesmann informiert darüber, dass es eine weitere Initiative von jungen Eltern gebe, die einen Bürgerradweg von der alten Osthellener Schule bis nach Coesfeld bauen würden. Damit wäre der Lückenschluss von Billerbeck nach Coesfeld vollzogen.

Frau Dirks begrüßt den Antrag, weil der Rat gemeinschaftlich dafür angetreten sei, dass es an jeder Kreis- und Landstraße auf Dauer einen Radweg geben würde. Sie schlägt vor, erst in den Bezirksausschuss und danach in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zu geben.

Herr Rampe ergänzt, das er selbst die Strecke mit dem Fahrrad entlanggefahren sei und den Antrag begrüße, der in den Ausschuss verwiesen werden solle.

Frau Rawe befürwortet den Antrag ebenfalls, da sie von dem Bürgerradweg auf der Beerlage wisse, wie froh die Anwohner seien, diesen zu haben. Der Ausbau sei gut gelaufen. Sie spricht sich für eine schnelle Um-

setzung aus.

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 02.06.2020 wird in den Bezirksausschuss und Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Bezuschussung von Mehrwegwindeln

Frau Bosse lobt den gut ausgearbeiteten Antrag, der eine Ergänzung, bzw. eine Alternative zu der Windeltonne darstelle und möchte erste Erfahrungen bis zum Herbst abwarten, bevor auch über einen Zuschuss für das zweite Kind angedacht würde.

Beschluss:

Auf Antrag der Erziehungsberechtigten und mit Einreichung der Originalkaufbelege wird die Anschaffung von Mehrwegwindeln je Kind einmalig bis zum dritten Lebensjahr mit einer fünfzigprozentigen Förderung von maximal 150 € (dreifacher Jahresbetrag) bezuschusst, bei gleichzeitigem Verzicht auf eine zusätzliche Windeltonne.

Eine anteilige Verrechnung bei einer eventuellen Umstellung von Mehrweg- auf Einwegwindeln erfolgt bei der Windeltonnengebühr.

Für die Bezuschussung werden finanzielle Mittel i. H. v. 1.000 € im Haushalt bereitgestellt. Sollte der Bedarf höher als 1.000 € sein, wird im Haushalt ein höherer Ansatz zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge für eine Bezuschussung der Stoffwindeln für das zweite Kind vorzulegen und im Herbst zu berichten, wie die Zuschussmöglichkeit angenommen wird.

Stimmabgabe: einstimmig

**8. SPD Fraktionsantrag vom 27. Februar 2020
hier: Resolution des Rates der Stadt Billerbeck zur Geflüchtetenfinanzierung**

Frau Dirks teilt mit, dass über den Antrag kontrovers diskutiert worden sei.

Herr Tauber betont, dass der SPD-Fraktionsantrag heute genauso aktuell sei, wie am 27.02.2020, als er in den Rat gegeben worden sei und appelliert an die CDU und FDP, ihm heute zuzustimmen. Die Kommunen würden auf den Ausgaben hängen bleiben und es wäre ein parteiübergreifendes Zeichen.

Herr Lennertz entgegnet, dass die jetzige Landesregierung bereits mehr getan hätte, als die rot-grüne Vorgängerregierung, die die Bundesmittel

vollständig einbehalten hätte.

Frau Dirks weist darauf hin, dass es nicht angemessen sei, dass die Kommunen für die Kosten der Menschen aufkommen müssen, die einen Aufenthaltsstatus der Duldung haben.

Beschluss:

Der SPD-Fraktionsantrag vom 27.02.2020, hier: Resolution des Rates der Stadt Billerbeck zur Geflüchtetenfinanzierung wird beschlossen.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU-Fraktion			12
SPD-Fraktion	7		
Bündnis90/Die Grünen	5		
Sonstige	1	1	
Bürgermeisterin	1		

**9. Weitere Umsetzung des barrierefreien Innenstadumbaus
hier: Beratung über einen weiteren Förderantrag und die Durchführung der Maßnahmen**

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Für das Förderjahr 2021 sind Mittel für die Weiterführung des barrierefreien Innenstadumbaus im Bereich der Ludgeristraße und der Kirchstraße (von der Ludgeristraße bis zur Bahnhofstraße) einschließlich der Darstellung der Stadttore sowie für den barrierefreien Umbau der Querung des Johanniskirchplatzes zu beantragen. Es wird beschlossen, die Maßnahmen des weiteren Innenstadumbaus nach Bewilligung der Mittel durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

**10. Weitere Umsetzung des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes
hier: Auflegung eines Hof- und Fassadenprogramms für die Stadt Billerbeck**

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Entsprechend dem beschlossenen städtebaulichen Entwicklungskonzept legt die Stadt Billerbeck ein Hof- und Fassadenprogramm auf, um in der Stadt Billerbeck prägende Fassaden- und Hoffächeneigentümer bei der für die Stadt Billerbeck wichtigen Sanierung zu unterstützen.

Nach Bewilligung der Förderung durch die Städtebauförderung werden die Sanierungen gemeinsam mit den Privateigentümern durchgeführt.

Stimmabgabe: einstimmig

11. Bauantrag zur Errichtung von 2 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 10 Wohneinheiten

hier: Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes "An der Welle/Josefstraße"

Frau Dirks erklärt sich für diesen und TOP 12 befangen, übergibt den Vorsitz an ihren Stellvertreter Herrn Kösters, begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beschlussfassung zu diesen Tagesordnungspunkten nicht teil.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 16.06.2020.

Stimmabgabe: einstimmig

12. Bebauungsplan "An der Welle/Josefstraße"

hier: Erlass einer Veränderungssperre

Frau Mollenhauer erklärt sich für befangen, begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 16.06.2020.

Stimmabgabe: einstimmig

13. Neuaufstellung des Bebauungsplanes "Hahnenkamp"

hier: Anregung zur Änderung des Bebauungsplanes

Herr Brall regt an, dass in diesem Wohngebiet bei der Neuaufstellung auch Mehrfamilienhäuser vorgesehen werden sollen.

Herr Ahlers erinnert daran, dass die Inhalte von dem Fachausschuss mit Mehrheit entschieden werden.

Beschluss:

1. Für das im anliegenden Lageplan dargestellte Plangebiet wird die Neuaufstellung des Bebauungsplanes „Hahnenkamp“ beschlossen. Das Plangebiet liegt im nordöstlichen Stadtgebiet der Stadt Billerbeck in der Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 12. Begrenzt wird es
 - im Norden von dem Weg „Auf dem Berge“,
 - im Osten durch den „Tiefen Weg“,

- im Süden und Westen durch den „Hahnenkamp“.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 Baugesetzbuch ortsüblich bekannt zu machen.

Stimmabgabe: einstimmig

14. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Tier- und Gartenfachmarkt Darfelder Straße"
hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Beschluss zur erneuten Offenlage

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Den Anregungen der IHK Nord Westfalen und der Handwerkskammer wird teilweise gefolgt, die Hinweise zur Kenntnis genommen.
2. Den Anregungen der Gemeinde Nottuln und der LWL Archäologie für Westfalen wird gefolgt.
3. Die Hinweise der Deutsche Bahn AG, der Deutsche Telekom Technik GmbH und des Kreises Coesfeld werden zur Kenntnis genommen.
4. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird für die erneute Offenlage nach § 4a Abs. 3 BauGB (Baugesetzbuch) gebilligt. Dabei wird bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können. Die Dauer der Auslegung wird auf zwei Wochen verkürzt. Parallel wird den berührten Behörden und Trägern öffentlicher Belange erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu den geänderten Teilen gegeben.
5. Die Beschlüsse werden ortsüblich bekannt gemacht.

Stimmabgabe: einstimmig

15. Vergabe von Grundstücken aus dem Neubaugebiet "Buschenkamp"

Frau Dirks erläutert den Tagesordnungspunkt. Es habe sich trotz mehrfacher Aufrufe unter den 270 Bauinteressenten keine Gruppe gefunden, die ein gemeinsames Wohnprojekt zur Eigennutzung realisieren wolle.

Frau Rawe plädiert dafür, dass ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt nicht nur auf das neue Baugebiet, sondern auf ganz Billerbeck ausgeweitet wird und schlägt deshalb die Ergänzung zu dem vorliegenden Beschluss vor „bei anderen freiwerdenden städtischen Grundstücken“.

Herr Tauber erklärt, dass sich die SPD dem Vorschlag mehrheitlich anschließen wolle. Er werte dies als positives Zeichen, dass an dem SPD-Antrag festgehalten werden würde, denn seine Fraktion wolle mit neuen Wohnformen dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Einen Konzeptvorschlag seitens der Bürgermeisterin hätte er vermisst.

Herr Wilkens ergänzt, dass es eine lange Zeit bedarf, solch ein Projekt zu begleiten.

Herr Wieland weist darauf hin, dass bei vielen Billerbecker Bürgern die Idee für solch ein Wohnbauprojekt wahrscheinlich nicht angekommen sei, da nicht nur in der Zeitung dafür geworben werden solle. Er schlägt eine breitere Vermarktung in allen Medien vor.

Herr Töllers weist darauf hin, dass es auch für die ältere Generation bezahlbare und barrierefreie Wohnungen geschaffen werden müssten. Die Verwaltung solle sich auch mit den umliegenden Gemeinden austauschen, die schon Projekte dieser Art umgesetzt hätten.

Frau Dirks entgegnet, dass dafür zwei größere Grundstücke im Baugebiet Buschenkamp dafür vorgesehen seien, wofür jetzt Investoren gesucht werden würden.

Herr Lennertz begrüßt die Vergabe der drei freiwerdenden Grundstücke für junge Familien.

Frau Köhler vermisst Wohnraum für junge Menschen mit Behinderung, die ambulant wohnen möchten, auch Wohnformen für eine Demenz-AG würde fehlen.

Frau Dirks berichtet, dass ambulantes Wohnen auch im Gantweger Kley entstehen würde, in Verbindung mit sozialem Wohnungsbau dort und auch im Baugebiet Buschenkamp.

Beschluss:

Das Grundstück, das im Bebauungsplan „Buschenkamp“ für ein Wohnprojekt vorgesehen ist, wird in drei Baugrundstücke für den individuellen Wohnungsbau (Ein- bzw. Zweifamilienhäuser) aufgeteilt.

Der grundsätzliche Antrag zur Förderung eines Wohnprojektes wird aufrechterhalten und soll im nächsten Bauabschnitt bzw. bei anderen freiwerdenden städtischen Grundstücken weiter verfolgt werden.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU-Fraktion	12		
SPD-Fraktion	4		3
Bündnis90/Die Grünen	2		3
Sonstige	2		
Bürgermeisterin	1		

15.1. Infoveranstaltung zu OGS an Grundschule

Frau Köhler erkundigt sich nach der gestrigen Zusammenkunft bezüglich der Schulthemen in der Stadttaula.

Herr Messing erläutert, dass es der Wunsch des Ausschussvorsitzenden, Herrn Schlieker gewesen sei, aufgrund der vielen ausgefallenden Sitzungen des Schulausschusses eine informelle Videokonferenz durchzuführen. Nach Rücksprache mit den Schulleitern und der Verwaltung sei es dann zu einem Infotreffen gekommen.

Bezüglich des Sachverhaltes OGS an zwei Standorten berichtet Frau Dirks, dass es erst kurz vor diesem Termin eine Absprache zwischen der Schulleitung, dem Kinder-Jugend- und Familienhilfeverein Billerbeck und der Verwaltung gegeben hat. Die Maßnahme soll bereits in den Ferien vorbereitet werden. Weitere Absprachen zwischen den Beteiligten folgen.

16. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung / Oberflächenbehandlung auf Wirtschaftswegen / Vorstellung des Unterhaltungskonzeptes

Frau Rawe erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt für befangen, begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beschlussfassung nicht teil.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 28.06.2020 (s. Anlage) wird genehmigt.

Stimmabgabe: einstimmig

17. Antrag der CDU Fraktion vom 28.05.2020 hier: Einführung einer App für den Bürgerbus

Herr Lennertz erläutert den CDU-Fraktionsantrag zur Einführung einer App für den Bürgerbus. Die CDU möchte mit der App die sehr gute Vereinsarbeit unterstützen und schlägt vor, zuerst den Antrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Herr Tauber beantragt das Rederecht für die Vereinsmitglieder des Bürgerbusses, die im Zuschauerraum sitzen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Herr Drees, (Vorsitzender des Bürgerbussvereins) bedankt sich und wirft die Frage auf, warum nicht im Vorfeld die Idee mit der App an den Bürgerbusverein herangetragen worden sei. Diese App hielte der Verein für nicht notwendig. Sie hätten nicht das richtige Klientel hierfür. Die hauptsächlich älteren Stammkunden seien nicht alle digital ausgestattet und dem Verein sei die direkte Kommunikation wichtig.

Herr Tauber erkundigt sich bei Herrn Lennertz, ob die CDU an ihrem An-

trag festhalten wolle, da unter anderem der Fahrpreis feststehen würde. Er bedankt sich für die ehrenamtliche, gut funktionierende Arbeit des Bürgerbusvereins.

Frau Rawe gibt zu bedenken, ob es nicht von der CDU klüger wäre, den Antrag zurückzuziehen, denn der Verein sei dabei, das Software-System zu erneuern.

Herr Lennertz erläutert, es sei seitens der Fraktion um die Unterstützung des Vereins gegangen. Die ehrenamtliche Tätigkeit werde selbstverständlich gewürdigt. Da die App allerdings nicht gewünscht sein, ziehe die CDU den Antrag zurück.

18. Antrag der SPD Fraktion vom 10.06.2020

hier: Sicherstellung von Betreuungsangeboten während der Ferien durch Kindergärten und offene Ganztagsgrundschule

Frau Bosse erläutert den SPD-Fraktionsantrag und weist darauf hin, dass die Sommerferien vor der Tür stehen. Viele Eltern hätten einen großen Teil ihres Urlaubes aufgrund der Coronakrise schon aufgebraucht. Daher erkundigt sie sich, ob es neue Informationen zu Betreuungsangeboten gäbe. Das Land NRW hätte zu diesem Thema eine entsprechende Verordnung vom 29.05.2020 an die zuständigen Gemeinden und Kreise versendet. Gab es schon Gespräche zwischen dem Jugendamt und der Verwaltung, fragt sie nach.

Frau Dirks erklärt, dass sie den Antrag als Anfrage gewertet hätte.

Wenn es sich schon geklärt hat, antwortet Frau Bosse, dann würde sie den Antrag so gewertet stehenlassen wollen.

Herr Messing führt aus, dass die OGS bereits ein Ferienprogramm erarbeitet hätte und es keine finanziellen Zuwendungen vom Land gegeben hätte. Die OGS und auch alle Kitas hätten verkürzte Schließzeiten, der Vorschlag vom Land NRW wäre nicht umsetzbar.

Frau Rawe erkundigt sich, ob sich Eltern von Kitas und Schulen bei der Verwaltung gemeldet hätten, dies verneint Herr Messing.

Herr Messing berichtet, dass der Informationsfluss auf Kreisebene zwischen Kitas und Jugendamt gut laufe, die Stadt Billerbeck informiert würde und die Kindergartenleitungen ihre Eltern und den Bedarf am besten kennen würden.

Abschließend stellt Frau Dirks klar, dass es in Billerbeck keinen weiteren Bedarf gäbe und die Schließzeiten untereinander abgestimmt wären.

Damit ist der Antrag beantwortet und es gibt keine Abstimmung dazu.

**19. Antrag der SPD Fraktion vom 14.06.2020
hier: Frauenförderung und Chancengleichheit für Menschen mit Migra-
tionshintergrund sowie Gleichbehandlung von schwerbehinderten
Menschen bei kommunalen Stellenausschreibungen**

Herr Tauber teilt mit, dass der SPD-Fraktionsantrag selbsterklärend sei. Da die Stelle des Fachbereichsleiters Planen und Bauen ausgeschrieben sei, wäre aufgefallen, dass der Passus fehlen würde. Dem Rat würde eine besondere Entscheidungskompetenz nach der Hauptsatzung zukommen. Er hätte sich gewünscht, dass der Text vorher gemeinsam abgestimmt worden sei. Bis auf die Gemeinde Havixbeck hätten alle Nachbargemeinden der Stadt Billerbeck und der Kreis Coesfeld ähnliche Passagen in ihren Stellungsausschreibungen eingebunden. Mit der Übernahme des Passus würde sich die Stadt Billerbeck in der Außenwirkung als moderne, offene Stadt positionieren.

Frau Rawe äußert sich etwas erstaunt darüber, dass diese noch kein Standard in Ausschreibungstexten wäre und schließt sich Herrn Tauber an.

Frau Dirks stellt klar, dass ein Fehler passiert wäre, weil die Unterrepräsentanz falsch berechnet worden sei. Der Rat könne darüber nicht beschließen. Es gäbe die gesetzlichen Normungen. Alle weiteren Formulierungen fallen in die Kompetenz der Bürgermeisterin. Dennoch wolle sie das wichtige Thema gerne diskutieren. Sie schlägt vor, das Thema im Haupt- und Finanzausschuss zu besprechen.

Die Stadt Billerbeck fördert in vielfacher Hinsicht aktiv die Gleichstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir begrüßen daher Bewerbungen von Frauen und Männer unabhängig von Behinderung, kultureller und sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung oder sexueller Identität.

Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt, berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Die Stelle ist teilbar.

Beschluss:

Der SPD-Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

20. Mitteilungen

20.1. Touristische Hinweisbeschilderung "Baumberge"

Frau Dirks teilt mit, dass der Antrag für das Hinweisschild, das an der Autobahn A43 für die Baumberge-Region zusammen mit den Gemeinden Havixbeck und Nottuln aufgestellt werden sollte, vom Ministerium für Ver-

kehr des Landes NRW abgewiesen worden sei. In einem Schreiben teilte das Ministerium mit, dass das Beratergremium sich dagegen ausgesprochen hätte, weil die Baumberge kein herausragendes touristisches Ziel seien. Alleine die Zahl der Landschaften in Nordrhein-Westfalen betrüge etwa 60 und nicht für alle könne ein Hinweisschild aufgestellt werden. Für unsere Gemeinden sei es sehr ärgerlich, weil schon Kosten für ein Grafik-Büro angefallen seien, um einen Entwurf für das Schild anzufertigen. Der Antrag soll in 2021 neu gestellt werden. Dann übernimmt der Bund die Aufgabe.

20.2. Corona-Krise - Kämmerin Frau Lammers

Frau Lammers berichtet, dass während der Corona-Krise die Räte quartalsweise über die Finanzlage informiert werden sollen, beginnend ab dem 30.06.2020. Sie hätte dieses bereits ausführlich am 12.05.2020 in der Ratssitzung getan und verweist auf den Bericht. Vom Stand her hätte sich nichts verändert. Es wurden keine weiteren Herabsetzungsanträge bei der Gewerbesteuer gestellt.

Die Corona-bedingten Minderbeträge bzw. Mehraufwendungen fallen voraussichtlich unter die Regelung des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte in NRW. Bisher liegt das NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz (NKF-CIG) allerdings nur im Entwurf vor. Das Landeskabinett hat gestern ein „Investitionspakte Kommunen“ verabschiedet. Hiernach werden pauschal Gewerbesteuerausfälle 2020, die Corona-bedingt sind, vom Land NRW zur Hälfte übernommen, die andere Hälfte soll der Bund übernehmen. Weiterhin will das Land die Kommunen dieses Jahr von den Eigenanteilen bei Förderprogrammen befreien. Dies würde der Stadt bei der Städtebauförderung 2020 sehr zugute kommen. U.a. soll ein Sonderprogramm „Erhaltungsinvestition in kommunale Verkehrsinfrastruktur“ aufgelegt werden, sowie ein weiteres Förderprogramm „Integration Sport“.

21. Anfragen

21.1. Sitzbänke am Berkelweg - Herr Rose

Herr Rose erkundigt sich, ob die Reinigung der Sitzbänke, die am Berkelweg stehen, inzwischen erfolgt sei. Bereits vor einem Jahr wäre darauf hingewiesen worden.

Die Verwaltung sei bereits damit beauftragt, antwortet Frau Dirks.

21.2. Wege auf dem alten Friedhof - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer kritisiert den Zustand der Wege auf dem alten Friedhof.

Dort seien auf den Wege nicht gut mit Rollatoren, Rollstühlen, Kinderwägen zu fahren, und selbst mit dem Fahrrad zu schieben sei fast nicht möglich. Seit vielen Jahren ist der Zustand der Wege immer wieder ein Thema. Vor zwei Jahren habe die Altenbegegnung eine Unterschriftenliste bei der Stadtverwaltung eingereicht, aber es wäre bisher nichts passiert, das ist ein zu langer Zeitraum.

Frau Dirks teilt mit, dass demnächst ein Fachbüro hinzugezogen werden würde, um zu prüfen, welche Wege gebraucht werden, wie breit sie sein müssen und die Wasserführung zu prüfen. Es werde weiter geprüft, ob es Fördermittel aus dem Programm zur Dorferneuerung gebe.

Herr Messing ergänzt, dass in den letzten Tagen die Wege mechanisch bearbeitet worden seien und von größerem Schotter befreit wurden. Beim nächsten Regen werden sich die Wege wieder verfestigen. Eine hohe Investitionssumme müsse in die Hand genommen werden, um eine Wasserführung in die Wege zu legen.

21.3. Sachstand Kriegerehrenmal - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Messing antwortet, dass bereits mit dem Projektpartner und Herrn Sandkötter Kontakt aufgenommen wurde.

21.4. Eichenprozessionsspinner - Frau Schulze-Wierling

Frau Schulze-Wierling erkundigt sich, wie mit den vermehrt aufgetretenen Eichenprozessionsspinnern umgegangen würde. Die Nistkästen für Blaumeisen, die im Frühjahr aufgehängt worden wären, hätten nichts gebracht. Sie appelliert, eine Lösung fürs kommende Jahr zu finden und sich mit den Nachbarkommunen auszutauschen.

Herr Hein äußert sich dazu, dass die Stadtverwaltung seit dem Frühjahr die Nester lokal, auch mit dem neu angeschafften Heißwasser-Unkrautbeseitiger bekämpft würden und bereits Kontakt mit den anderen Kommunen aufgenommen worden sei.

Herr Messing ergänzt, dass es inzwischen 32 Einsätze in der Nähe von oder auf Spielplätzen und Kindergärten gegeben hätte, die Stadtverwaltung sei nicht in der Lage, jedes Nest zu beseitigen und bittet darum, Nester zu melden, dann wird die Gefahr gesichtet und ggf. beseitigt oder Hinweisschilder aufgestellt.

21.5. Vorlesen von Beschlüssen - Herr Schlieker

Herr Schlieker erinnert daran, dass im Rat beschlossen wurde, alle Beschlüsse seien von Frau Dirks vorzulesen. Die digitalen Möglichkeiten wären zwar gut, allerdings würden die Beschlüsse für die interessierten Bürger, die als Zuschauer heut dabei seien, nicht nachvollziehbar sein. Frau Dirks bedankt sich für den Hinweis.

21.6. Skatebahn - Frau Köhler

Frau Köhler spricht an, dass Risse auf der Skatebahn am Helker Berg seien.

Herr Hein erwidert daraufhin, dass die Fugen erneuert werden müssen und die Skatebahn bereits gutachterlich überprüft wurde. Preise für diese Maßnahme würden eingeholt.

21.7. Aufkleber - Frau Köhler

Frau Köhler teilt mit, dass wieder auf vielen Hinweis- und Verkehrsschildern Aufkleber einer Gruppe in Billerbeck aufgeklebt wären, die Ähnlichkeit mit dem Preussen Münster Logo hätten. Das wäre eine Verunstaltung und diese Gesinnung solle auf gar keinen Fall so auf sich aufmerksam machen.

Frau Dirks sagt zu, dass die Verwaltung versuchen würde, etwas darüber in Erfahrung zu bringen.

21.8. Tafel Coesfeld - Herr Tauber

Herr Tauber erkundigt sich, warum sich die Stadt Billerbeck nicht mit 1000€ bei der Tafel in Coesfeld finanziell beteiligt hätte. Auch Billerbecker Bürger würden bei der Tafel Coesfeld unterstützt werden und er hätte sich gewünscht, wenn darüber politisch beraten worden wäre.

Frau Dirks erläutert die Situation und sie könne sich vorstellen, dass in Billerbeck bald eine Zweigstelle der Tafel eröffnet, daher würden die Gelder vor Ort benötigt. Es wäre eine freiwillige Spendenaufforderung von der Stadt Coesfeld, nicht von der Tafel Coesfeld gewesen.

Es würden gerade Gespräche mit der Caritas laufen, ein Ladenlokal würde gesucht werden, aber die Corona-Zeit hätte alle Gespräche und Bemühungen blockiert.

Herr Tauber macht deutlich, dass das Augenmerk auf die Umsetzung im Jahr 2021 liegt und es wahrscheinlich einen SPD-Fraktionsantrag dazu geben wird.

21.9. abgebrannte Wohncontainer - Herr Tauber

Herr Tauber erkundigt sich, wie die Stadt Billerbeck mit der Situation umgeht.

Die Verwaltung berichtet, dass der Kreis Coesfeld die Angelegenheit bearbeitet und bereits weitere Maßnahmen verfügt hat.

Ferner stellt Herr Tauber die Frage, ob der Stadt Billerbeck bekannt sei, woher die Mitarbeiter stammen.

Hierzu liegen der Stadt Billerbeck keine Erkenntnisse vor.

Frau Dirks antwortet, dass Kontrollen vom Ordnungsamt der Stadt Billerbeck hinsichtlich der Unterbringung von Saisonarbeitskräften durchgeführt worden seien.

Weiterhin regt Herr Tauber an, Kontakt mit dem Kreis Coesfeld aufzunehmen, um sich nach weiteren illegalen Unterkünften im Rahmen der Thematik Massentierhaltung zu informieren.

Herr Messing berichtet, dass es sich um Saisonarbeitskräfte (Erntehelfer) auf den Betrieben handelt und nicht um Werkarbeiter der Fleischindustrie. Auch deren Unterkünfte hat der Kreis Coesfeld in den letzten Monaten kontrolliert und keine Beanstandungen vorgenommen.

22. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Es gibt keine Fragen.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Bernd Kösters
1. stellv. Bürgermeister

Karen Ebrecht
Schriftführerin